

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

## Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er scheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Beistellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Janowich 2120

Anzeigen die dreispalt. Zeitungsgröße 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührenerhebung auf Postfach 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Reaktionsfrist Freitag

### Der Bruch der Großen Koalition Von Rudolf Wissell.

Im Vorwort der „Arbeit“ sieht Rudolf Wissell in einem Aufsatz „Grundprognose Monate Reichsarbeitminister“ die Bilanz dessen, was sich in den letzten Kampfsjahren für die Sozialpolitik erreichen und was sich nicht erreichen ließ: „Ich halte es für sehr wichtig für unsere Bewegung“, so lautet er seinen Bericht ein, „Arbeit darüber zu schaffen und zu verbreiten, mit welchen Schwierigkeiten und mit welchen hemmenden Gegenkräften ein sozialistischer Arbeitsminister unter den gegebenen Verhältnissen zu rechnen hat. Und ferner liegt es mir natürlich am Herzen, jene Kritiker aus unserer eigenen Reihen zu überzeugen, die manche Gegenstände zu bagatelisieren geneigt sind und die daher die Sprengung der Großen Koalition wegen der Differenzen in der Arbeitslosenversicherung vielleicht nicht als zwingende Notwendigkeit betrachten haben.“ Die folgenden Ausführungen bilden den abschließenden Teil der Darstellung der Entwicklung der Sozialpolitik während seiner Ministerzeit.

Als im Winter 1928/29 die Zahlen der Arbeitslosen vor allem aus den Saisonberufen, in einem ganz unvorhersehbaren Ausmaß in die Höhe schossen, mußte ich mich zunächst entschließen, eine völlige Erschütterung der Versicherung durch die Einrichtung der Sonderfürsorge für berufstätige Arbeitslosigkeit abzuwehren. Diese Sonderbehandlung der Saisonarbeitslosen, die sich aus einer ganzen Reihe von Gründen rechtfertigen ließ, konnte aber die Erschütterung der finanziellen Grundlagen der Versicherung nicht verhüten. Der furchtbare Winter 1928/29 und die damit verbundene Entwertung des Arbeitsmarktes warfen alle Finanzberechnungen über den Hausen und zwangen die Reichsanstalt zur Aufnahme großer Darlehen bei der Reichskasse. Damals wurde die Situation für die Arbeitslosenversicherung kritisch. Die Defizitlast wurde gleichzeitig mit einer Fülle von Dichtungen und Wählerei über angebliche Mißstände und Mißbräuche in der Arbeitslosenversicherung überschüttet. Man suchte den Eindruck zu erwecken, als ob einerseits die gesamten Finanzschwierigkeiten des Reiches ausschließlich durch die Arbeitslosenversicherung hervorgerufen seien, und als ob andererseits schon durch die einfache Beseitigung von Mißbräuchen die Reichsanstalt im wesentlichen zu sanieren sei. Man verfehle sich einmal in die Schwierigkeiten meiner damaligen Lage. Da die Behauptungen über Mißstände nicht nur Dichtung, zum Teil nicht mehr auch Wahrheit waren, konnte, wollte und durfte ich mich den Bemühungen, wirkliche Mißstände zu beseitigen, nicht widersetzen; ich fühlte mich sogar verpflichtet, das mir anvertraute Gut der Arbeitslosenversicherung gegen Schädlinge, die sich an ihr bereicherten, zu schützen. Das konnte aber nicht nur im Verwaltungswege geschehen; gesetzliche Änderungen waren unermesslich. Welche Gesetze mußte es herausbeschreiben, eine Novelle zur Arbeitslosenversicherung vorzulegen in einem Augenblick, in dem die Frage der weiteren Finanzierung der Versicherung ungeklärt war und aus Kreisen der „Wirtschaft“ die Parole der unbedingt notwendigen „Sanierung“ der Versicherung ausgegeben worden war! Ich mußte damals, genau genommen, einen Krieg gegen zwei Fronten führen: einerseits mußte ich versuchen, die Mißstände und Mißbräuche auszumerken, und weiter durchzuführen, durch eine Beitragserhöhung die weitere Finanzierung der Arbeitslosenversicherung sicherzustellen; andererseits mußte ich die Abbautendenzen bekämpfen. Daß mit dieser Beitragserhöhung — ich hatte schon im Mai 1929 eine Erhöhung auf 4 Proz. vorgeschlagen, drang im Kabinett jedoch erst im Späthjahre mit einer Erhöhung auf 3½ Proz. für ein halbes Jahr durch — der Arbeiterchaft ein solches Opfer zugemutet wurde, dessen war ich

mir bewußt. Ich glaubte aber — wie die Entwicklung gezeigt hat, mit Recht —, daß sie bereit sein würde, im Geiste der Solidarität für die arbeitslosen Kameraden und für die Erhaltung der Versicherung dieses Opfer zu bringen. Auf der anderen Seite mußte ich die Arbeitslosenversicherung vor diejenigen ihrer „Freunde“, die sie durch einen großzügigen Leistungsabbau „sanieren“ wollten. Und schon im Herbst 1929 war die Situation im Reichstag mehr als einmal für die Abbaufreunde günstig, die Lage also für die SPD. kritisch. Bei diesen Zuspitzungen der Situation spielte leider ein unglücklicher Antrag eine Rolle, der Anwartschaftszeit und Leistungen verknüpfen wollte; er war für mich deswegen unannehmbar, weil er gerade die Ärmsten unter den Arbeitslosen, die immer nur zu kurzer Füllarbeit zugelassen, am härtesten getroffen haben würde. Letzten Endes gelang es damals der entschlossenen Haltung der SPD., das Schlimmste zu verhüten. Wirkliche, sozial ungerechtfertigte Leistungsvermindierungen traten durch die Novelle zum WABG. nur im unwesentlichen Maße ein. Leider labortierte die Volkspartei die unvermeidliche Beitragserhöhung. Darin kam ihre Taktik zum Ausdruck, auf dem Umwege der finanziellen Aushungerung doch noch den direkt durchzuführenden Leistungsabbau zu erzielen. So erfolgte eine — durchaus ungenügende — Beitragserhöhung um ½ Proz. — mit Zustimmung der Volkspartei! — erst zum 1. Januar 1930. Kostbare Zeit war ohne den erhöhten Beitragseingang verfloßen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im letzten Winter ist noch in frischer Erinnerung. Ich habe von vornherein zu denen gehört, die die auch aus den Reihen der freien Gewerkschaften oft als zu hoch angegriffene Arbeitslosendurchschnittszahl von 1,1 Millionen, die der Sachverständigenausschuß seinen Berechnungen zugrunde gelegt hatte, eher für zu niedrig als zu hoch angesehen haben. Leider hat die Entwicklung mir recht gegeben — bedauerlicherweise in einem Ausmaße, das ich selbst nicht für möglich gehalten hatte. Es zeigte sich sehr bald, daß das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben auch nach der Novelle vom Oktober 1929 und nach der Beitragserhöhung um ½ Proz. nicht herzustellen war. So wurde mehr und mehr der Komplex der Fragen, die mit der Arbeitslosenversicherung zusammenhängen, aus einem Versicherungsproblem zu einem Arbeitsmarktproblem. Jeder, der sich nur einigermaßen auskennt, weiß, daß alle „Reformen“ in der Arbeitslosenversicherung, also etwa Senkung der Verwaltungskosten, völlige Ausschaltung aller Mißbräuche usw., auch nicht entfernt sozial ersparnisse einbringen können, wie nötig wäre, um daraus ohne Defizit die bisherigen Leistungen an die Arbeitslosen aufrechtzuerhalten. Nur darum handelt es sich noch: Abbau der Leistungen oder nicht. Und man kann es doch unmöglich einem sozialdemokratischen Arbeitsminister verdenken, wenn er sich weigert, die sozialpolitischen Leistungen eines Geheges — die jenseits schon an der unteren Grenze des Erträglichsten liegen — abzubauen, das von einem Reichskabinett beschlossen worden ist. Und das gilt für die Gegenwart, die uns mit erschreckender Deutlichkeit den Charakter unserer Arbeitslosigkeit offenbart hat, mehr als je. Schon der geringe Leistungsabbau, den die Novelle zum WABG. vom Herbst des Vorjahres brachte, war eine schwere Belastung für die SPD. Aber

damals war die Situation insofern anders, als das Wesentliche der Reform die Rationalisierung der Versicherung und die Bekämpfung von Mißbräuchen und Mißständen war, an deren Beseitigung auch unsere Bewegung lebhaft interessiert war. Aber jetzt konnten wir ein weiteres Spielen mit verdeckten Karten nicht mehr zulassen. Das Kompro-miß in der Regierungsvorlage zur Arbeitslosenversicherung, dem seinerzeit auch ich zugestimmt habe, war gewiß keine ideale Lösung. Immerhin waren drei wichtige Punkte darin unzweideutig enthalten: Erstens eine Beitragserhöhung auf 4 Proz., die auf alle Fälle in absehbarer Frist erfolgen sollte, und zweitens die Feststellung, daß Änderungen der gesetzlich festgelegten Leistungen nur im Wege der Gesetzgebung erfolgen können. Das Wichtigste jedoch war, daß die Darlehenspflicht des Reiches ungetastet blieb. Anders dagegen der Kompromißvor-schlag Brüning-Meyer. Dieser läßt im Grunde genommen zunächst alles beim alten. Er sieht keine Beitragserhöhung vor, zwar will er einen festen Zuschuß von 150 Millionen Mark an die Arbeitslosenversicherung gewähren. Aber der darüber hinaus erforderlich werdende Geldbedarf soll — und das ist der Haken — im Wege der Darlehens-gewährung gedeckt werden, die nur unter bestimmten Voraussetzungen gegeben werden sollen. Er bestimmt, daß die Reichsregierung nach Prüfung weiterer Ersparnismaßnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung alsbald ein Gesetz vorzulegen hat, das entweder durch Beitragserhöhungen die Rückzahlung notwendig werdender Darlehen ermöglicht oder durch eine Reform des Geheges über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellt oder zur Deckung der für die Darlehen aufzunehmenden Beträge dem Reich die notwendigen Mittel zuführt.

Mir ist nicht recht verständlich, wieso in gewissen Teilen der Presse, namentlich der demokratischen Presse, ein Ersäunen darüber zum Ausdruck gebracht wurde, daß ich dieses Kompromiß nicht mit-gemacht habe. Die Verächtlichkeit, die dieses Kom-promiß Brüning-Meyer gegenüber dem ursprünglichen Kompromiß der Regierungsvorlage darstellt, springt doch in die Augen. Es bedeutet zunächst keinerlei Lösung der Schwierigkeiten, sondern lediglich eine Vertagung. Darüber hinaus weißt es aber unzweideutig den Weg des Leistungsabbaues; außerdem erscheint es mir geradezu absurd, wenn es eine Beitragserhöhung zu dem Zweck ins Auge faßt, um die bisherigen Darlehen, die die Reichs-anstalt vom Reich erhalten hat, zurückzahlen. Daß die Reichsanstalt auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein wird, Darlehen von dem Ausmaße, wie sie gewährt werden mußten, zurückzahlen, sollte doch jedem Einlichtigen klar sein. Bei der bürgerlichen Presse bin ich als verborbener und eingelegter Startkopf kritisiert worden, weil ich das Kom-promiß nicht mitgemacht habe. Ich glaube auch jetzt noch, daß ich richtig gehandelt habe. Das Kom-promiß Brüning-Meyer öffnet dem Leistungsabbau Tür und Tor. Hätte ich es als Reichsarbeits-minister mit unterschrieben, so wäre auch dieser Abbau, falls er später erfolgt, der Sozialdemokratie in die Schuhe geschoben worden. Nunmehr, wo die Sozialdemokratie wieder in der Opposition steht, wird und kann — davon bin ich überzeugt — das Zentrum seinen Leistungsabbau vornehmen. Ein-mal kommt eben immer der Punkt, wo es heißt: „Bis hierher und nicht weiter.“ Schon bei den An-

Jang des Jahres 1930 im Kabinett einsehenden Beratungen über die künftige Staatseinkommensteuer war dieser Punkt für mich beinahe erreicht, nämlich als beschlossen wurde, die Reichszuschüsse zur Familienwochenhilfe von 29 auf 15 Millionen Mark zu kürzen und die der Invalidenversicherung als Reichszuschüsse zulehrenden Beträge in Höhe von 22 1/2 Millionen Mark aus dem Teil des Aufkommens der Lohnsteuer zu decken, der nach der Verbrüning sowie der Invalidenversicherung zuzuführen war, also bei richtiger Betrachtung insoweit der Invalidenversicherung verloren gehen. Damals habe ich mich, um die Koalition nicht zu sprengen, mit der Erklärung begnügt, daß ich es ablehne, diese ungerechtfertigten Streichungen im Reichstag zu vertreten. Und das habe ich auch abgelehnt für die vom Kabinett beschlossene durchaus ungenügende Höhe des Ausgabenausschusses für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge und die Kapitalabfindung der Kriegsschädigten und ihrer Hinterbliebenen. Aber bei der Arbeitslosenversicherung konnte ich einfach nicht mehr mitmachen. Wenn ich auch nicht verstehe, daß eine Reihe von Momenten unseren Austritt aus der Regierung gegenwärtig nicht erwünscht erscheinen ließ, so mußte doch die Sozialdemokratie das feierliche Gelöbnis des Parteitages von Magdeburg einlösen, an der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln zu lassen. Daß die Arbeitslosenversicherung, ebenso wie die ganze deutsche Sozialpolitik intakt bleibt, dafür wird die Sozialdemokratie auch in der Oppositionsstellung sorgen.

**Berliner Möbel- und Einrichtungshau.**

Vom 11. bis 22. April fand in der Funkturnhalle am Kaiserbompi in Berlin eine Möbelschau statt. Während die bisher alljährlich abgehaltene Möbelmesse als Urheber der Möbelproduzenten aufwies und nur einem begrenzten Teil von Besuchern zugänglich war, sind die Veranstalter der Berliner Möbel- und Einrichtungshau die Möbelhändler. Ueber den Zweck dieser Möbelshau wird in einem Artikel im Führer durch die Ausstellung gesagt: „Zweck der Ausstellung soll sein, dem Möbelkäufer das Publikum nicht allein eine Gewähr für einwandfreie Ware, sondern auch Rat für geschmackvolle Zusammenstellung der Inneneinrichtung zu bieten. Die Besucher aus Arbeiterkreisen dürften allerdings dabei nicht auf ihre Rechnung gekommen sein. Bestensfalls haben sie die Erkenntnis mit nach Hause genommen, daß es sich, wenn man über die nötigen Mittel verfügt, ganz nett und angenehm wohnen läßt.“

Das Dargebotene sollte ja auch den immer mehr zunehmenden Bedürfnissen der breiten Schichten des wohlhabenden Mittelstandes dienen. Serienmäßige Herstellung der Möbel, Anpassung an die infolge hoher Mieten vielfach eingeschränkten Räumlichkeiten, das Streben nach einem neuzeitlichen Möbel in einfacher, geradliniger, formenklarer Gestaltung sollten diesem Zweck dienen. Bei den Kastenmöbeln sind an die Stelle der früher viel verwendeten Holzschwierereien die großen, schön gemauerten Holzflächen getreten. Zum Teil werden teure ausländische Furniere verwendet. Dort, wo man durch Querschnitte bestrebt war, Unterbrechungen und Belebung der Fläche zu erzielen, hat man nicht immer eine glückliche Hand gehabt.

Sehr wenig zufriedenstellend war das Ergebnis der Ausstellung für das Postergewerbe. Neben einer Reihe in Form und Qualität sehr guter Postermöbel waren viele Postergewerbeten vorhanden, die bestimmt nicht geeigneter sind, dem Raum Wohllichtheit und Behaglichkeit zu geben. Der Fachmann muß zu seinem größten Bedauern immer wieder feststellen, daß die Ersparnisse an Material und Arbeitslohn, die bei diesen Möbeln vorgenommen wurden, sich sehr nachteilig auf die Gebiegenheit, Bequemlichkeit und Formenschntheit des Gebotenen ausgewirkt hatten.

Das neuzeitliche Ruhe- oder Lotterbett, auch in verschiedener Schreibweise — Couch — Coach — Kautsch — genannt, ist so recht ein Kind der neuen beengten Wohnungsverhältnisse. Es dient als Ersatz für Sofa, Bett und Chaiselongue. Neben einigen sehr guten Exemplaren wurde es auch angeboten in billiger Stapelware. Wenig erfreuen konnten als neue Produkte der modernen Wohnungseinrichtung die Stahlmöbel. Anfänglich wurden die Sitz- und Lehnmöbel aus Stahlblech durch Einspannen von Rindleder. Sehr geht man auch dazu über, diese Verbindungen herzustellen. Trotdem verschiedentlich auf Sitz und Rückenlehnen Rücken angebracht waren, lassen diese Stahlmöbel das Gefühl von Behaglichkeit und Bequemlichkeit vermissen und können wir uns schwer vorstellen, daß es diesen Stahlmöbeln gelingen wird, endgültig das Holz aus dem Wohnraum zu verdrängen.

Neben der Möbelshau für kommende Bedürfnisse brachte die Möbelshau eine Sondershau: „Möbel und Mode im Wandel der Zeiten“. Mehr noch, als es in der Vorzeit der Fall ist, blente vor Jahrzehnten und Jahrtausenden die Inneneinrichtung nur einer kleinen bevorzugten Klasse. Darstellungen von Wohnräumen aus den Jahren 2000 v. Chr. „Halle eines ägyptischen Palastes“, 1500 v. Chr. „Alt Kreta“ und 100 Jahre v. Chr. „Raum in einem

pompejanischen Wohnhaus“ zeigen, wie es diesen südlichen Länderstrichen entspricht, überwiegend einrichtungsgegenstände, Sessel, Ruhebänke usw. aus Stein, belegt mit Fellen, Teppichen und Lösen Rissen. Die vornehmliche Pracht dieser Räume war nur das Reherat des großen Herrn und Gebliters, der über ausgedehnte Ländereien und unzählige Sklaven verfügen konnte. An der Wohnungskunst des Mittelalters nahmen neben den Fürsten und Grafen und der hohen Geistlichkeit auch schon die wohlhabenden Bürger Anteil. Gezeigt wurden Wohnräume aus der Zeit des romanischen und gotischen Stils, der Frührenaissance, der Renaissance, dem Barock und Rokoko. Aus dem vorigen Jahrhundert wurden Zimmer im Biedermeierstil, der sogenannten „Gründerperiode“, und dem Jugendstil vorgeführt.

Von besonderem beruflichem Interesse für das Tapezierergewerbe ist die Gründerzeit, deren Waderichtung auch sehr oft als „Marfactstil“ bezeichnet wird. Diese Zeit gefiel sich in der Nachahmung des Vergangenen. Alles mußte alt aussehen: Tapeten, Fenster, Vorhänge, Türen usw. Auf die Schränke stellte man Gläser, Teller, Humpen und Beien. Als Dekorationsmittel dienten alte Waffen, Rüstungen und vergilbte Stoffe. Um eine altertümliche „gemütliche“ Stimmung zu erzeugen, wurden die Zimmer oft in übertriebener Weise fast verdunkelt. Lieberall, wo es irgend angänglich war, an Bildern, Staffeleien, Konsolen und anderem wurden Draperien angebracht. Diese Zeit, in der der Tapezierermeister her unbeschränkte Herrscher im Reich der Innendekoration war, wurde verdrängt durch den Jugendstil, der nach 1900 in fast revolutionärer Weise daran ging, die alten Traditionen zu durchbrechen. Aus dem Bedürfnis heraus, den toten Formelkram durch lebendige Motive aus der umliegenden Natur zu erziehen, wurden fruchtloses Blumen, Pflanzen und Tiere zu immer wohlfeileren Ornamenten gestaltet, die sich über die Häuser, Wohnungen und Geräte breit machten.

Auch dieser Stil mußte bald wieder weichen. Die neue Wohnungstechnik schafft dem Bild der Wohnung eine andere Form, die wir als vernünftiger und natürlicher anerkennen. Leider war es den großen Massen der arbeitenden Bevölkerung bisher noch nicht vergönnt, an den Fortschritten der neuen Wohnungsgestaltung teilzunehmen. Die Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse, die Wiedere auf dem Wohnungsmarkt und das Mißverhältnis zwischen Arbeiterlohn und dem Preise einer gesunden, geräumigen Wohnung und ihrer Ausmählung mit wirklich schönen Möbeln bilden noch ein großes, fast unüberwindliches Hindernis, um auch für das Arbeiterheim schöne und zweckmäßige Möbel zu erstellen.

**Das Arbeiterlied und der 1. Mai.**

Im Jahre 1889 tagte in Paris der erste internationale Arbeiterkongreß. Neben gesetzlichen Maßnahmen für Arbeiterschutz und Achtungstag forderte er als „geeignete Form der Demonstration“ Arbeiterruhe für den 1. Mai, der damit zum Weltfeiertag des Proletariats erhoben wurde.

Feiertag? Festkleider... Tanz... Jubel... Singen... Springen... frohe Menschen! War so das Fest der Arbeit? Nicht immer! Oft ward die Freude in Leid verandelt. Und der Feiertag zum Tag der Erbitterung. Manches Jahr sah aus dem Feiertag einen Tag blutiger Kämpfe werden.

Und warum? Weil Arbeiter wagten, was andere durch Jahrhunderte getan: ihrer Ides einen Gedanktag zu widmen. Die Christen taten es — die Juden — der Militarismus — der Staat! Und alle buzten es.

Nur der Prolet — er hatte keinen Feiertag. Er sollte im ewigen Trost des Alltags seine Zeit verbringen. Er sollte verkommen unter der Wucht seines Schicksals: arm und elend zu sein. Man rechnete ihn nicht mit, wenn man von Menschen sprach. Er war nicht da, wo Kunst und Wissenschaft lebendig waren. Nicht Mensch, nicht Tier! Prolet. Ein Begriff für sich. Man leidete ihn in Lumpen, gab ihm Schnaps und Religion. Man sperrte ihn in die Kaser, in Hinterhäuser, auf Böden. Man hielt ihn fest in den Fabriken, vom Morgengrauen bis zur andredenden Nacht, hinter Mauern, hinter Toren und Gittern. So, Prolet, das genügt für dich.

Da brach nach dem Sozialistengeleh die proletarische Masse mit dem Ruf nach einem eigenen Feiertag hervor. Sie nahm sich das Recht, um ihr Menschentum zu kämpfen. Einer rief den andern — eine kam zur anderen — aus einzelnen wurde Masse! Sie trug am 1. Mai in alle Welt die Sehnsucht nach Frieden — Freiheit, die Sehnsucht nach dem Schutze der Arbeiterkass und den Willen zum Kampf für die Klasse. Und an einem Tag im Jahr, da sollte dieser Wille über alle Grenzen, über alle Klassen gehen: voran das rote, internationale Banner!

„Feiertag am 1. Mai“ erging der Ruf an die Arbeiter der ganzen Welt. Doch Feiertag ohne Feiertage und Festgesänge?

Als zum ersten Male am 1. Mai die Massen sich zusammensanden, da sang das Lied der Arbeit in das Fest hinein. Das Lied der Arbeit war das Lied vom Kampf:

Die ihr auf harter Erde haust,  
Den Höhen fern, und fern dem Licht...

Die Arbeiterlänger zeigten dem erwachenden Proletariat das Ziel:

**Empor zum Licht!**  
Herbei, herbei aus Stadt und Land,  
Nehmet den Hammer in eure Hand;  
Schmiedet und schmiedet, die Ketten springt,  
Das neue Jahrhundert ihr euch erringt.  
Erwache, Volk, erwache!

So war das Arbeiterlied von Anbeginn verbunden mit dem 1. Mai. Rufen im Kreis, Wacker der Schlummernden, der Müden, der Schwachen! Es lagte dem kämpfenden Proletariat, daß es nicht zu verzagen brauche in seinem schweren Ringen:

Nicht verzaget in Kampf und Wetter,  
Ob es türmet, ob es kracht

Wir schreiten dem Geng entgegen!

Der Arbeitergesang wurde Mitkämpfer des 1. Mai, den wir in diesem Jahre zum vierzigsten Male feiern, Mitkämpfer für

Weltfrieden,  
Achtundentag,  
Schutz der Frauen und Kinder,  
Schutz der Arbeiterkass,  
Kampf ums Recht auf Arbeit,  
Kampf ums Recht auf Freizeit.

Diesem Kampf dient unser Gesang:

Das heilige Feuer schüren wir  
Zum hell auslobernden Brande.

Kann es uns wundernehmen, daß den Arbeiterlängern ob ihres Eintretens für die politischen und

wirtschaftlichen Ziele des Proletariats Stimmen aus dem bürgerlichen Lager entgegenklangen?

„Ein deutscher Sänger kann nicht Sozialdemokrat sein. Wenn er in seinen Liedern für Gott, Kaiser und Vaterland nur Spottworte einsetzt, so singt er sie doch mit deutscher Zunge! Das ist eine Schmach für das deutsche Lied. Darum sollte man dem die Zunge abschneiden, der auf deutsch deutsche Heiligkeiten bespottet. Der echte deutsche Sänger ist Patriot... Der Vorwurf, man vermenge Politik und Gelang, trifft wohl die Vaterlandslosen Gesellen, nicht aber den deutschen Patrioten...“

Mit solcher Niedertracht führte das Bürgertum den Kampf gegen die singenden Männer und Frauen des Proletariats.

Vaterlandslose Gesellen? Unser Vaterland? Die ganze Erde sei unser Vaterland:

Geld umflungen Millionen,  
Diesen Ruf der ganzen Welt!

Das will der 1. Mai — das wollen die Arbeiterlänger. Immer wieder singen sie ihr Lied, immer wieder erntet ihr Kampfruf:

Alle Völker wollen Frieden,  
Frieden jedes Menschenherg.

Immer wieder aber auch klingt der Ruf ins Heer der Arbeit: Proletarier aller Länder vereint! — auch im Gesang. Noch immer brauchen wir den 1. Mai als Tag des Bekenntnisses zum Kampf — noch immer brauchen wir den Arbeitergesang als Sprachrohr dieses Kampfwillens:

Noch immer schreit gen Himmel  
Elend und Menschenleid.

Noch immer proht die Gemeinheit.

Drum stehen wir als Arbeiterlänger gern im sozialistischen Kampfe. Uns alle eint ein Sehnen, uns alle treibt ein Wille: den Sieg des Sozialismus mit bereiten zu helfen. Der 1. Mai sei dazu aussersehen, den Männern und Frauen, den Jungen und Alten im Proletariat zuzurufen: Ihr seid Freunde des 1. Mai — werdet auch solche seines Verbindens — des Arbeiterliebes!

### Ein Kohndruckerbetrieb.

Wiederholt mußten wir uns schon mit der Außenfirma Max Sommer, Neukirch, Oberlausitzer Buchsch., Samalchen, Schulranzen-, Koffer- und Kofferfabrik, die außerdem noch Baumwollspinnerei, Scheuerruch- und Jagdeleinenweberei betreibt, beschäftigen. Jetzt fanden vor dem Arbeitsgericht Bischofswerda nach fünfmaligen längeren Verhandlungen zwei Klagen ihren Abschluß, die einen tiefen Einblick in diesen Betrieb gewährten, in dem der diktatorische Unternehmer seit Jahren beherrscht ist, jeden gewerkschaftlichen Einfluß fernzuhalten und daher schaltet und waltet, wie es ihm beliebt. Sommer erhielt im November v. J. 6 Sattler vom Arbeitsamt Baugen zugewiesen, denen er bei der Einstellung auf Schulranzen den tariflichen Akkordlohn von 101,2 Pf. pro Stunde zusicherte. Trotz angelegentlichster Arbeit und gesteifter Leberstunden verdienten die Kollegen im Durchschnitt nur 55 Pf. pro Stunde, sie gaben deshalb nach 14tägiger Beschäftigung die Arbeit auf und lagten mit Hilfe unserer Organisation auf Nachzahlung der Akkordlohnunterschied und Leberstundenzuschläge. Begründet wurden die Klagen damit, daß bei dem von Sommer nach eigenem Ermessen festgelegten Akkordlohn von 25 Pf. für einen Knabenranzen und 25 Pf. für einen Knabenranzen, für Schnallentappen, Riemen- und Geringenranzen keineswegs der tarifliche Mindestlohn von 90 Pf.; geschweige denn die tarifliche Akkordlohnspanne von zusätzlich 12 1/2 Proz. des allgemeinen verbindlichen Tarifvertrages zu verdienen ist.

Zu den fruchtigen Akkordlohn beschloß das Gericht ein Gutachten eines Sachmannes einzuholen, das auch im vorliegenden Termin vorlag, von uns aber wegen einseitiger Ableitung auf die Betriebsverhältnisse des Gutachters abgelehnt wurde. Unser Antrag, daß das Gericht einen Lokaltermin im Beisein der Firma vorzunehmen hat, wobei die Arbeitsstellen an den Schulranzen abzustoppen sind, fand keine Annahme, dafür wurde die persönliche Vornehmung des Sachverständigen, Fabrikanten Göhe aus Gersdorf bei Chemnitz, zum Termin am 7. April beschloffen. Der Sachverständige ging die bei Sommer von den Klägern angefertigten Arbeiten durch und gab jetzt auf unsere genaue Befragung ein sehr ungünstiges Urteil für Sommer ab. Arbeiten an einem Knabenranzen, für die Sommer einen Akkordlohn von 25 Pf. zahlte, beurteilte der Sachverständige mit 28 bzw. 31 Pf., je nach Ausführung. Für Arbeiten an Mädchenranzen, die Sommer mit 23 Pf. bezahlte, kam er auf 26 Pf., bei 12 auf 18, bei 8 auf 12 und bei 14 auf 17 Pfennig. Unter der Bezeichnung und Voraussetzung, daß diese von ihm abgegebenen Göhe bei ausgeschlossener Berechnung erfolgen, so daß im Betrieb weder bei der Annahme noch bei der Abgabe der von den Arbeitern angefertigten Arbeiten Störungen vorkommen dürften, wenn der Arbeiter nicht in seinem Verdienst gemindert werden soll. Der qualifizierte Arbeiter verdient im öffentlichen Betrieb im Akkord 1,30 Mk. bis 1,40 Mk. pro Stunde, während die Kläger im Durchschnitt nur 55 Pf. erreichten. Sommer hatte den Spiel umgedreht und machte als Gegenforderung Schadenersatzansprüche wegen vorzeitiger Lösung des Arbeitsverhältnisses geltend und verlangte nicht mehr als 647,88 Mk. und weitere 38 Mk. von zwei Klägern für 10 verpöbte Ranzen. Nach dem Gutachten des Sachverständigen und unserem Hinweis, daß die tarifmäßige Bezahlung zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses berechtigt, hielt es Sommer für angebracht, seine Schadenersatzforderung zurückzugeben.

Nach viereinhalbstündiger Verhandlung kam das Gericht zu folgendem Urteil: Die Beklagte wird verurteilt, an die Kläger insgesamt 107,21 Mk. zu zahlen.

Zur Begründung wurde ausgeführt, daß das Gericht bei der Entscheidung dem Gutachten des Sachverständigen Göhe gefolgt ist, der in sachlicher, überzeugender Weise seine Feststellungen getroffen hat. Danach seien die in Betracht kommenden Akkordarbeiten bei der Firma Sommer zu gering bemessen und entsprechend aufzubessern. Beachtlich sei ferner, daß der Sachverständige davon ausgegangen ist, daß die Ranzen und Zutaten dem Arbeiter an den Tisch zu liefern und dort nach der Bearbeitung abgegeben werden. Da nach dem zuständigen Tarifvertrag die Akkordlöhne nur 101,2 Pf. verdient, so sei bei Abwägung der umständlichen Arbeitsweise der Firma Sommer ein Abzug von 10 Proz. von den ausgesprochenen Akkordlöhnen des Sachverständigen zu machen, um dadurch den im Tarifvertrag umgrenzten Satz zu erreichen. Demzufolge hat die Beklagte den Klägern mit dem Leberstundenzuschlag die Summe von 107,21 Mk. nachzuzahlen. Eine Aufrechnung mit einer Schadenersatzforderung gegen zwei Kläger wegen falscher Bearbeitung von zehn Ranzen kann nicht erfolgen, da der Arbeitsverdienst dieser Kläger die pfändungsfreie Grenze nicht übersteigt. Es blieb deshalb unentschieden, ob der Beklagten ein solcher Schadenersatz zustehe, der übrigens

von den Klägern entschieden bestritten werde. In dem angegebenen Umfang war daher den Klägern stattzugeben, wegen des Mehrgeforderten waren sie abzuweihen. Die Kostenentscheidung wurde nach §§ 91, 92 ZPO. getroffen.

gez. Dr. Hentchel, Böhm, Marschall.  
Durch dieses Urteil wurde bestätigt, daß die Arbeitnehmer der Lederwarenabteilungen der Firma Sommer rechtlichen Anspruch auf Bezahlung der tariflichen Akkordbestimmungen und Leberstundenzuschläge haben. Damit wurde dem dreifach auftretenden, vom Fach um so weniger verständlichen Unternehmer Sommer pflaustel gemacht, daß seiner Willkür Grenzen gesetzt sind und auch für ihn der all-gemeinverbindliche Tarifvertrag Gesetz ist. Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Sommer aber rufen wir zu: Macht euch endlich frei von feiger Untermütigkeit! Wehrt euch gegen die schrankenlose Ausbeutung! Schlichtet euch unserem Verband an und nehmt eure verträglichsten Rechte wahr!

### Kollege, lies!

Das Verbandsblatt soll nicht nur der Anregung, Belehrung und Aufklärung des einzelnen Mitglieds dienen. Das Verbandsblatt ist auch zum Werben bestimmt, und ungeheure agitatorische Werte gehen allmonatlich dadurch zugrunde, daß das Verbandsblatt noch nicht in der erforderlichen Weise in den Dienst der Werbearbeit gestellt wird. Da liegt es so oft in einer Ecke verstaubt, da wird es verbrannt, verbraucht, und die geistigen Werte, die das Blatt enthält und die tausendfältige Frucht tragen können, werden einfach nicht genügend geachtet.

Reiche dein Blatt deinem Kollegen, der es noch nicht genügend kennt! Doch so allgemein ist auch diese Forderung noch ungenügend. Die jugendliche Zeit läßt vielen keine Ruhe zur Lektüre eines Blattes, das ihnen noch nicht nahesteht. Da bekommen sie es denn in die Hand und blättern — und legen es fort. Und die Mühe des Mitglieds war umsonst.

Auch in der Werbeausnützung des Verbandsblattes müßten wir zu einer rationelleren Methode kommen. Die Lust zum Lesen ist nicht groß, die Zeit ist knapp, das Interesse verschieden. Aber du weißt, was von dem Inhalt deines Blattes den oberen Kollegen besonders interessiert. Reiche ihm dein Blatt darum mit dem Hinweis auf diese oder jene ganz bestimmte Arbeit! Lass ihn erst mal nur das lesen, das er wohl gern einmal liest, und dadurch wird eine lebendige Verbindung geschaffen zwischen deinem Kollegen und deinem Blatt und das Interesse für das Blatt überhaupt und damit auch für den Verband gewacht.

Das Leben mit seiner Mannigfaltigkeit und Komplexität hat auch so mannigfaltig geartete Menschen geschaffen. Tausendfältig ist das geistige Interesse, und selbst auf bestimmtem Gebiete, wie dem sozialen, gibt es viele verschiedene Neigungen und Gesichtspunkte, von denen aus das Leben betrachtet wird.

Und hier setzt die rationelle Werbearbeit ein. Sie faßt den einzelnen in der Besonderheit seines Wesens, seiner Neigungen, seines Interesses, und sie lenkt aus diesem Besonderen dann auf das Allgemeine hin.

Nach dem Blättern im Blatte hört du nachher von deinem Kollegen oft nur allgemeine Redensarten, weil er nichts las. Aber biete ihm die besondere Aufmerksamkeit für eine bestimmte Arbeit, und er ist gezwungen, zu Positivem zu stehen und er muß sich mit Positivem beschäftigen. Und du bleibst immer selbst ein Punkt, von dem aus er in seiner Weise die Welt deines Verbandes am besten sieht.

Rationelle Verwendung des Blattes im Dienste des Verbandes!  
Nimm und lies, Kollege!  
Und lies mal das hier!

### Die Zwischenprüfungen der Lehrlinge im Tapetierhandwerk.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der Zentralvorstand nun endlich gegen die Lehrlingszucht alle Kräfte mobil gemacht hat. Der Amisichimmel wird hoffentlich sein allgewohntes Tempo etwas beschleunigen, damit dem verantwortungslosen Treiben mancher Kreise mit allen wirksamen Mitteln baldigt begegnet werden kann. Inzwischen können sich unsere Dissoerwaltungen, besonders die der größeren Städte, der Lehrlingsfrage vor allem in der Weise widmen, daß sie von den betreffenden Innungspräsidenten die Einführung von sogenannten Zwischenprüfungen verlangen. In Frankfurt a. M. fanden solche am 15. und 16. April erstmals statt. Der Gedanke und die Notwendigkeit dieser Prüfungen wurden ja in unseren Kreisen schon längst propagiert. Verhältnismäßig spät haben die Handwerksmeister die Lage erfaßt und es endlich auf ihrem letzten Bundestag in Leipzig das Abhalten der Zwischenprüfungen zum Beschluß erhoben. Aber in

der Durchführung dieses Beschlusses haben sie — so weit bekannt — in den meisten Städten wirklich keine Eile. Wenn der jetzige Obermeister der Innung zu Frankfurt a. M. den notwendigen Reformen des Lehrlingswesens zugänglich ist — es konnte am Ort bereits auch eine ziemliche Beschränkung in der Lehrlingshaltung erreicht werden —, so sei das besonders anerkannt.

Die Lehrlinge, die jetzt in das zweite und dritte Lehrjahr übergehen, mußten sich je einen Tag zur Verfügung stellen. Wenn die Jungen natürlich angestrichene Mienen zur Schau trugen, so wurde ihnen bald klar, daß mehr noch wie sie selbst die Ausbildungsjahreszeit und das Verantwortungsgesühl ihrer Meister zur Prüfung standen. Und hier konnte man doch einige Wunder erleben. Schon das Material, das verschiedene „Meister“ mitbrachten, zeigt, daß bei manchen immer noch für den Lehrling das schlechteste gerade gut genug ist. Verlangt wurden von den Erstjährigen das Polstern einer Fußbank, von den Zweitjährigen das Anfertigen eines besseren Stuhls, beides in Fassung. Die Erstjährigen mußten theoretisch einige Erfahrungen im Aufmachen von Vorhängen besitzen, während die Zweitjährigen auch hierin einfachere Arbeiten auszuführen hatten. Außerdem mußte jeder noch eine kleine Probe im Teppichzuzammennähen und -einlassen zeigen und sollte auch firm sein in den Vorbereitungsarbeiten zum Tapezieren.

Festzustellen war in den meisten Fällen eine zu einseitige Ausbildung. Mancher zeigte in einer Arbeit gute Leistungen, während er bei anderen vollständig verlagte. Dieses Uebel der einseitigen Ausbildung soll vor allem ausgemerzt werden. Es ist vielfach eine beliebte Taktik, daß man den Lehrling für eine bestimmte Arbeit „trainiert“ und diese dann in Erziehung eines Gehilfen dauernd von dem Jungen ausführen läßt. Daß einige ganz ausfallen, muß selber auch festgestellt werden.

Wenn nun demnächst seitens der Prüfungskommission bei einer Anzahl von Innungsmeistern das verprochene große „Kopfwachen“ beginnt, wenn fernerhin auf Grund dieser Erfahrungen die aufgefällenen Wertstätten ständig überwacht werden sollen, dann wird manchem Mißstand abgeholfen werden und damit würden diese Prüfungen ihren Zweck erfüllen.

### Die Durchführung der internationalen Arbeitsübereinkommen.

Der Ausschuss zur Prüfung der von den Regierungen gemäß Artikel 408 des Friedensvertrages eingeleiteten Berichte über die Maßnahmen zur Durchführung der ratifizierten Übereinkommen hat am 3. und 4. April in Genf getagt. Er hatte in diesem Jahre 287 Berichte zu prüfen gegenüber 223 im Vorjahre und 175 im Jahre 1928. Der Ausschuss konnte feststellen, daß eine sehr große Anzahl der vorgelegten Berichte zu technischer Einmündung Anlaß gab, und daß die Durchführung der Übereinkommen sich mehr und mehr auf eine genaue Anpassung der Landesgesetze an den Wortlaut der Vorschriften aufbaute. Es wurden jedoch in den Berichten einiger Regierungen gewisse Punkte festgehalten, über die weitere Auskünfte erforderlich schienen.

Auf Grund eines Ersuchens des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts haben sich die Sachverständigen zu der Frage einer weiteren Verbesserung der Arbeiten ihre Ausschüsse geäußert. Der von ihnen zu dieser Frage angenommene Bericht hebt insbesondere die Wichtigkeit der gegenseitigen Unterrichtung und der freundschaftlichen Kontrolle hervor, die das Verfahren gemäß Artikel 408 des Friedensvertrages in der Internationalen Arbeitsorganisation mit sich bringt, und dessen wichtigste Aufgabe es ist, die in den folgenden Artikeln des Friedensvertrages vorgegebenen Strafmaßnahmen überflüssig zu machen. Eine vierjährige Erfahrung hat gezeigt, daß die eingehende Prüfung der Jahresberichte der Regierungen eine unvollständige Kenntnis der Durchführung der Übereinkommen durch jedes Land zur Folge hat. Diese genaue Kenntnis der einschlägigen Gesetze und Verwaltungsmassnahmen in allen Ländern ist geeignet, das erforderliche gegenseitige Vertrauen über die Durchführung der Übereinkommen zu stärken.



Der Herr Chef wandelt durch die Büros, um nach dem Rechten zu sehen. Herablassend sprach er den Bauingenieur an: „Nun, Karl, wollen wir beide nicht unsere Posten tauschen?“ „Warum nicht, Herr Direktor“, orientierte Karl. „Also schön, stell dir vor, ich wäre der Bauingenieur und du wärst der Direktor. Was würdest du als erstes tun?“ Und Karl: „Ich würde sofort den Bauingenieur rauschmeißen!“  
Aus „Der Wahre Jakob.“

### Streiks und Lohnbewegungen.

Leipzig. Der Streik der Tapezierer in Leipzig dauert unverändert an. Leipzig ist für alle Tapezierer gesperrt.

#### Handwerkstaktler.

Berlin. Ab 1. April 1930 erhöhen sich die Tariflöhne in Klasse A auf 1,05 M., B auf 0,93 M., C auf 0,83 M. und D auf 0,75 M.

Hamburg. Der Tarifmindestlohn beträgt ab 1. April 1930 1,10 M.

Bremen. Der Tarifmindestlohn beträgt ab 1. April 1930 1,05 M.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

#### Großindustrie in Mitteldeutschland.

Studienreise vom 22. bis 29. Juni 1930.

Die guten Erfahrungen mit den Studienreisen im vergangenen Jahre und die Anerkennung, die diese Veranstaltungen in weiten Kreisen gefunden haben, veranlassen den Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit, auch in diesem Jahr wieder mehrere wirtschaftspolitische Studienreisen durchzuführen. Die erste Reise findet vom 22. bis 29. Juni statt und hat zur Aufgabe das Studium der Großindustrie in Mitteldeutschland. Die Leitung der Reise hat Dr. G. Bienstock-Berlin übernommen. Für die Führungen usw. werden weitere sachverständige Kräfte hinzugezogen. Die Durchführung des Programms ist in Form einer Arbeitsgemeinschaft gedacht. Durch die Verbindung von Besichtigungen mit sachverständigen Erläuterungen wird den Teilnehmern das Verständnis für die Probleme des bereiften Wirtschaftsgebietes erschlossen. Die Erfahrungen des Reichsausschusses bürgen für eine zufriedenstellende und sachdienliche Durchführung der Veranstaltung. Die Reise geht nach folgendem vorläufigem Plan vor sich:

- 22. Juni: Abends Zusammenkunft aller Teilnehmer in Halle a. d. S.
- 23. Juni: Fahrt nach Merseburg-Leunamert. Besichtigung der Anlagen zur Stickstoffgewinnung und Kohleverflüchtigung.
- 24. Juni: Besichtigung eines Braunkohlenbergwerkes bei Halle. Nachm.: Referat und Aussprache über das Thema „Mitteldeutschland als Wirtschaftsraum“.
- 25. Juni: Besichtigung der Betriebe der Mansfeld u. G. (Kupferbergbau).
- 26. Juni: Führung durch das Großtaillwert (Schornstein) (vormittags); Besichtigung der Aluminiumfabrik in Bitterfeld (nachmittags).
- 27. Juni: Fahrt nach Bernburg. Besichtigung von Anlagen zur Sodafabrikation, Kali- und Steinalzschächte.
- 28. Juni: Besichtigung der Kaltwerke in Staßfurt-Leopoldsdahl. Fahrt nach Magdeburg.
- 29. Juni: Rundfahrt durch Magdeburg. Schlußausprache.

Die Teilnehmerkosten betragen pro Person etwa 110 M. einschließlich Verpflegung. Unterbringung in guten Hotels, Fahrgelder, Besichtigungen u. w. Anmeldungen unter näherer Angabe der Funktion in der Arbeiterbewegung sind bis zum 5. Juni zu richten an den Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

**Annahme der Invalidenunterstützung im Steinarbeiter-Verband.** An der Urabstimmung beteiligten sich 57,2 Proz der Verbandsmitglieder. Mit „Ja“ stimmten 28 724, mit „Nein“ 9 684. Damit ist nunmehr auch der Steinarbeiter-Verband in die Reihe der Gewerkschaften eingetreten, die auch für die Arbeitsinvaliden Unterstützung zahlen.

### Berichte aus den Verwaltungsstellen

**Braunschweig.** Versammlung vom 4. April. Vor Eröffnung der Versammlung marschierte unsere Jugendgruppe in den Saal und begrüßte den Redner, Kollegen Galm aus Offenbach a. M. mit einem kräftigen „Frei Heil“. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung nahm Kollege Galm das Wort zu seinem Vortrag: „Konsequente Gewerkschaftspolitik, das Gebot der Stunde.“ Redner gab seiner Freude über die gute Aufnahme Ausdruck. Zum Thema selbst führte er aus: Die Gewerkschaften müssen in erster Linie die wirtschaftlichen Belange der Arbeiterschaft wahren; da aber die Wirtschaft beeinflusst wird, betätigen sich die Gewerkschaften auch politisch und wird von ihnen die politische Linie der Sozialdemokratie verfolgt. An der Hand von Unterlagen, aus denen er die Verlesung der Arbeiterschaft klar vor Augen rückt, zeigte Redner wie trotzdem die Arbeiterschaft Niederlage auf

Niederlage erhält. Durch die Bejahung des Staates durch die Sozialdemokratie war d. e. l. e. b. e. zu bewilligen. Die Auswirkungen dieser Einstellung haben wir jetzt durchzufühlen. Die deutsche Arbeiterschaft kann einen solchen Kurs nicht mehr länger mitmachen und muß unbedingt zurück zum konzentrierten Klassenkampf. Die Wirtschaftsdemokratie sieht in Wirklichkeit so aus, daß von einem Teilhaben an der Produktion der Wirtschaft nicht gesprochen werden kann. Redner entrollt dann den Weg, durch den es möglich ist, auf einer gesunden klassenmäßigen Grundlage die Verhältnisse zu meistern. Ein einstimmiges „Bravo“ dankte den Ausführungen. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Kollegen Dieze, Borach, Santos, Rott, Biders, Walter und Wehe. In seinem Schlußwort ging Kollege Galm auf die Ausführungen der Kollegen Dieze und Rott besonders ein. Er legte klar, daß die heutige Gewerkschaftsstatistik der kommunistischen Partei ein Trugschluß und direkter Wahnsinn sei und ermahnte die Kollegen, die Gewerkschaften nicht zu zerklüften, sondern dafür zu sorgen, daß in sachlich erster Form die Mitglieder mobilisiert werden. Damit ein anderer Kurs eingeschlagen werden kann. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten sprach der Vorsitzende dem Kollegen Galm den Dank für seinen lehrreichen Vortrag aus und ermahnte die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen, damit es vorwärts geht mit der Arbeiterbewegung. Anwesend waren annähernd hundert Personen.

**Danzig. Monatsversammlung April.** Der Vortrag über die Volksfürsorge mußte wegen schlechten Versammlungsbesuchs auf die nächste Versammlung vertagt werden. Den Bericht von der Bannerweihe gibt Kollege Mehlis. Es hat sich ein Defizit von 201 Gulden ergeben. Es entspann sich eine lebhafteste Debatte über die Bannerweihe und das damit verbundene Stiftungsfest. Zur Mailfeier wird bekannt gegeben, daß am 1. Mai allgemeine Arbeitsruhe zu erfolgen hat. Die großen Betriebe an Orte sowie die Werften haben beschlossen, von Mittwoch ab zu feiern, doch sollen die Kollegen nach Möglichkeit für den ganzen Tag die Arbeit einstellen. Unter „Verschiedenes“ erfolgte nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten eine lebhafteste Aussprache über Verbandsangelegenheiten, Lehrlingshaltung und andere aktuelle Fragen. Der Vorsitzende, Kollege Döring, schloß dann die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband. E. Schleichert.

### Rundschau

**Die deutsche Kapitalflucht im Spiegel der schweizerischen Großbankensätze.** Die acht schweizerischen Großbanken hatten am letzten Bilanzstichtag 1929 einen Depositenbestand von 6318 Millionen Franken. Nach neuesten Schätzungen sind hier von nicht weniger als 2000 Millionen schweizer Franken ausländischen Ursprungs. Diese ausländischen Kapitalien werden bei dem niedrigen Zinsfuß in der Schweiz sehr niedrig verzinst. Wenn sie ihren Weg trotzdem zu den Schweizer Banken gefunden haben, so ist das vor allem die Folge der Kapitalflucht. Vor allem waren es die deutschen Unternehmer und Kapitalisten, die aus Angst vor der Inflation und um sich der Steuerzahlung zu entziehen, ihre Kapitalien nach der Schweiz schickten. Der Kapitalverlorgung der Schweizer Wirtschaft kamen diese Kapitalien sehr zugute. Ein erheblicher Teil dieser Kapitalien — etwa 1 Milliarde Mark — wurde allerdings in verschiedene Länder, zum Teil wieder nach Deutschland zurück, weitergeleitet. Welches Ausmaß die Steuer- und Kapitalflucht deutscher Kapitalisten angenommen hat, zeigt eine Schätzung von Georg Bernhard, der die Fluchtkapitalien der letzten Jahre auf etwa 4 Milliarden Mark veranschlagt.

**Holland gewinnt Land.** Seit dem 10. Februar dieses Jahres arbeiten bei Medemblic und Over in nordwestlichen Teil der Zuidersee die großen Dampfpumpen, um eine 20 000 Hektar große Fläche, die mit mächtigen Dämmen gegen das Meer abgeschlossen wurde, aber noch bis 6 Meter hoch vom Meerwasser überflutet wird, trocken zu legen. Man hofft, bis Ende des Jahres das Wasser völlig ausgepumpt zu haben, um dann 1931 den nassen Meeresboden trocken zu legen, so daß 1932 der Boden, über den noch bis vor kurzem die Schiffe fuhrten, in landwirtschaftliche Kultur genommen würde. Die Kosten der Sandgewinnung werden mit 460 Millionen Gulden (780 Millionen Mark), der landwirtschaftliche Nutzwert des so gewonnenen außerordentlich fruchtbaren Bodens auf 510 Millionen Gulden (860 Millionen Mark) berechnet. Da auch an drei anderen Stellen der Zuidersee an der Trockenlegung gearbeitet wird, sollen insgesamt 224 000 Hektar Land gewonnen werden, auf dem 18 000 neue Bauernwirtschaften von je 12,4 Hektar Größe entstehen werden.

### Bücherschau

**Soziale Kampfstrategie.** Sondernummer Arbeitervereinigungen, 88 Seiten mit 100 Abbildungen, Preis 4 M.

Jede zweimonatliche Betriebsorganisation beruht auf Erkenntnissen, die zuerst durch Beobachtung gewonnen und dann durch die praktische Arbeit entweder bestätigt oder ihren Geltungsbereich eingegrenzt wurden.

Wird die zweimonatliche Organisation, durch die bei größtmöglicher Schonung der menschlichen Arbeitskraft der höchste Leistungsertrag erreicht wird, nur aus der praktischen Arbeit heraus entwickelt werden kann, ist es notwendig, den Arbeitsgang selbst zu beobachten und die gewonnenen Beobachtungsergebnisse zu generalisieren. Die dadurch gewonnene Einsicht in den tatsächlichen Arbeitsabgang wird entweder die Möglichkeit der getroffenen Anordnungen bestätigen oder aber zeigen, wo ihre Anwendung notwendig ist, um Verluste zu vermeiden.

Jede Maßnahme wird ausgeführt. Die getroffenen Anordnungen beruhen nur auf vernünftigen Überlegungen. Die Arbeitsleistung wird vernünftig — rational.

Erscheinen diese Überlegungen auch selbstverständlich, so gewinnen sie für das Bauwesen doch erst ganz allmählich Geltung. Bahnbrechend haben hier gewirkt der Verband sozialer Baubetriebe durch seine Abteilung wirtschaftliche Betriebsführung, das Deutsche Bauwerkstatistik durch seine Abteilung Technische Betriebswirtschaft, und auch die Reichsausschuhgesellschaft durch eine ganze Anzahl wertvoller Veröffentlichungen. Ausgeschlossen von dieser praktischen Arbeit berührt die Soziale Bauwirtschaft in ihrer Doppel-Sondernummer 89. Zum ersten Male wird hier über das gesamte Gebiet der Arbeitsunterstützung im Bauwesen gründlich berichtet und die Notwendigkeit verschiedenartiger Untersuchungen an Beispielen aus der Praxis nachgewiesen. Dipl.-Ing. Otto Kober, der Leiter der Abteilung wirtschaftliche Betriebsführung im Verband sozialer Baubetriebe, zeigt den hohen Wert der Arbeitsunterstützung zur Aufhebung von Berufsunfällen in ihrem Zusammenhang mit der Betriebsorganisations. Dr.-Ing. Edgar Goh, der Leiter der Abteilung Technische Betriebswirtschaft im Deutschen Bauwerkstatistik, schildert in großen Zügen die Aufgabe, das Zweck und die Durchführung von Arbeitsunterstützungen an der Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis. Die Technik von Berufsunfällen im Baubetrieb behandelt ausführlich zwei Aufsätze von Dr.-Ing. Schneider-Krönold. Die Baubetriebsstatistik führt Lind und Kober berichten in zwei inhaltreichen Beiträgen über ihre Untersuchungen zum Verhältnis von den Baukosten. Der Frage der Arbeitsunterstützung und Gewährungsmittelberaumung ist ein Beitrag von Dr. H. B. Schulte gewidmet. Die klaren, knapp gefaßten durch Beispiele von 109 Abbildungen, graphischen Darstellungen und erläuternden Texten belebten Ausführungen der genannten Verfasser vermitteln zweifellos eine Fülle von Anregungen, die der gesamten Bauwirtschaft zum Nutzen gereichen werden.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 26. April bis 4. Mai ist der 18. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

**Achtung! Statistikkarten für Monat April einsenden!** Alle Verwaltungsstellen, welche die Monatsberichtsstatistik betreffend Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im April noch nicht eingeleistet haben, werden dringend ersucht, das bisher Versäumte spätestens bis zum 8. April nachzuholen.

**Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband können zurückblicken:**  
Jreberg l. Sa. Klemm, Kurt, Sattler.  
Heumannler, Hermann, Amandus, Tapezierer.  
Potsdam. Paul Krüger, Sattler, eingetr. am 20. 9. 98; Otto Franz, Tapezierer, eingetr. am 1. 4. 99; Paul Lange, Tapezierer, eingetr. am 15. 10. 1902.

### Versammlungskalender

**Danzig. Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 7. Mai, 7 Uhr abends, im Lokal „Zum blauen Lönchen“, Heumarkt 10.** Vortrag des Kollegen Weihenborn über die „Volksfürsorge“. In Anbetracht des Vortrages haben auch die Angehörigen unserer Mitglieder Zutritt.

#### Die Ortsverwaltung.

**Potsdam. Am Sonnabend, dem 10. Mai 1930, bezieht der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband, Verwaltungsstelle Potsdam, sein 40jähriges Bestehen in den Räumen des Volkshauses, Mühlbergstraße, verbunden mit einer Bannerweihe und Ehrung der Jubilare. Beginn abends 8 Uhr. Wir erwarten von allen Kollegen die weitestgehende Unterstützung und laden hiermit ein.**  
Der Vorstand: J. K.: R. Köhler.

### Sterbetafel

**Berlin. Am 15. April** starb unser Mitglied, der Tapezierer Emil Plachnick, im Alter von 47 Jahren. — **Am 19. April** starb Kollege Otto Bietmann, Tapezierer, im Alter von 67 Jahren.  
**Offenbach a. M. Am 15. April** starb unser Mitglied der Portefeuilleer Johann Friedrich Sattler, im 34. Lebensjahr.  
Ehre ihrem Andenken!